

Klimaschutz durch Innovationen und nicht durch mehr Regulierung und neue Steuern voranbringen

Beschlusspapier

12. September 2019
Sitzung von Präsidium und
Bundesvorstand

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Klimaschutz durch Innovationen und nicht durch mehr Regulierung und neue Steuern voranbringen

Deutsche Unternehmen verfügen über modernste Technologien in den Sektoren Energie, Industrie, Mobilität und Gebäude. Die Erreichung der internationalen Klimaziele kann nur durch technologischen Fortschritt und Innovation gelingen. Unverhältnismäßige staatliche Eingriffe, Verbote und Verzichtskultur sind dagegen weder zielführend noch gesellschaftlich mehrheitsfähig. Maßgabe muss es sein, Innovationen marktwirtschaftlich und technologieoffen voranzubringen, um die Wettbewerbsvorteile Deutschlands in der Entwicklung innovativer Technologien auch zukünftig erhalten zu können. Dazu gilt es, Investitionssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen für einen offenen Wettbewerb zu schaffen, damit sich die besten Technologien für jeden Anwendungsbereich durchsetzen können. Oberste Priorität muss sein, CO₂-Emissionen mit den geringsten Belastungen für Bürger und Unternehmen einzusparen.

I. Sektorenübergreifender EU-Emissionshandel als effizienteste und wirksamste Lösung durchsetzen

Zentrale Funktion eines CO₂-Preissignals muss es sein, klimafreundliche Innovationen technologieneutral voranzubringen. Ein sektorenübergreifendes Preissignal für den Ausstoß von CO₂ führt dazu, dass Vermeidungsmaßnahmen zuerst dort umgesetzt werden, wo dies für Betriebe und Haushalte am günstigsten ist. Es entsteht ein Anreiz für Unternehmen, ihr Know-How für die Entwicklung klimaschonender Technologien einzusetzen. Gleichzeitig werden Investitionen von Haushalten in klimaschonende Produkte und Dienstleistungen angeregt.

- Der Emissionshandel als bewährtes Klimainstrument muss in eine industriepolitische Gesamtstrategie eingebettet sein, die Klimaschutz in Einklang mit Wettbewerbsfähigkeit und Bezahlbarkeit bringt und jetzt die Weichen für nachhaltiges Wachstum und Innovationen stellt.
- Den wirksamsten Ansatz zur CO₂-Reduzierung bildet eine Marktlösung in Form eines mindestens europäischen Emissionshandels für alle Sektoren. Denn die Mengensteuerung durch den Handel von Zertifikaten garantiert eine langfristige und verlässliche Einsparung von CO₂-Emissionen entsprechend der europäischen Zielvorgaben und schafft einen technologieoffenen marktwirtschaftlichen Anreiz, in Innovationen zu investieren.
- Liegen die CO₂-Vermeidungskosten in den ETS- und Non-ETS-Bereichen zu weit auseinander, so empfiehlt sich für eine Übergangsfrist ein separates Emissionshandelssystem für die Non-ETS-Sektoren Verkehr und Gebäude bis schließlich ein einheitlicher CO₂-Preis erreicht wird. Die temporäre Einführung einer Mengensteuerung in den Sektoren Gebäude und Verkehr ist an drei Bedingungen zu knüpfen:

- 1) Roadmap vorlegen, wie eine separate Mengensteuerung für die Sektoren Gebäude und Verkehr mit dem EU-ETS sektorenübergreifend zusammengeführt werden kann
- 2) Ineffizientes staatliches Abgabensystem ablösen, Mehrbelastungen vermeiden
- 3) Zweckgebundenheit der generierten Mittel für Klimainvestitionen, Energiewende sicherstellen.

II. Bisheriges System aus Steuern, Abgaben und Umlagen grundlegend reformieren, Mehrbelastungen vermeiden

Effizientere CO₂-Marktpreissignale setzen eine grundlegende Reform des heutigen Systems aus Energiesteuern, -abgaben und -umlagen voraus. So können zusätzliche Belastungen für Unternehmen und Haushalte vermieden und gleichzeitig die Bezahlbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit CO₂-sparender Technologien wie die Sektorkopplung ermöglicht und vorgebracht werden.

Der Wirtschaftsrat fordert deshalb:

- Die Förderung der Erneuerbaren durch das EEG sollte – bei finanziellem Bestandsschutz für Altanlagen – auslaufen.
- Die Stromsteuer sollte auf ein europäisches Minimum reduziert werden.
- Die Energiesteuern sollten abgesenkt werden.
- Netzentgelte sollten als Kostentreiber Nummer 1 so reformiert werden, dass Investitionen in die Sektorkopplung angereizt und die Netzauslastung verursachergerechter bepreist wird.

Die Erweiterung des Emissionshandelssystems darf insgesamt nicht zu einer Mehrbelastung für Unternehmen und Haushalte führen.

III. Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung für Klimainnovationen einsetzen

Die aus der CO₂-Bepreisung erzielten Einnahmen sollten nicht pauschal in den Staatshaushalt fließen, sondern z.B. über eine Fondslösung gezielt für Innovationen und Zusatzinvestitionen genutzt werden. Anreize für Innovationen sind technologieoffen und marktwirtschaftlich auszugestalten.

- Im Gebäudesektor sollten Investitionen in die energetische Gebäudesanierung angereizt und die steuerliche Förderung als technologieoffenes, transparentes und selbsttragendes Schlüsselinstrument umgesetzt werden. Dabei schlägt der Wirtschaftsrat zusätzlich zum bestehenden Investitionszuschuss – als Wahloption – die steuerliche Abschreibung vor, um Amortisationszeiten zu verkürzen und die energetische Gebäudesanierung in die Breite zu

tragen. Alle im Sinne der energetischen Modernisierung anfallenden Kosten sollten unmittelbar nach Abschluss der Maßnahme vollständig abgeschrieben werden können.

- Im Verkehrssektor sollten die Mittel insbesondere für den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur für zukünftige klimaschonende Mobilität genutzt werden. Neben dem Aufbau einer Ladeinfrastruktur für batteriebetriebene Elektrofahrzeuge zählt dazu auch die Stärkung einer Infrastruktur für Wasserstoffantriebe. Zur Beseitigung von Staufallen sollten das Schienennetz ausgebaut und die digitalen Verkehrsleitsysteme weiterentwickelt werden. Gleichzeitig sollten Rahmenbedingungen für die Markteinführung synthetischer Kraftstoffe verbessert werden, insbesondere indem diese bei der Anrechenbarkeit auf europäischer Flottengrenzwerte anerkannt werden.
- Sektorenübergreifend sollten Einnahmen eingesetzt werden, um Forschung und Entwicklung besserer und effizienterer Technologien zu stärken. Statt breit angelegter Förderprogramme sollten dazu gezielt Reallabore genutzt werden.

IV. Klimaschutz gleichrangig zur Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit behandeln

Der weltweite Klimaschutz und der Umbau des Energiesystems sind in Verbindung mit dem Erhalt unserer industriellen Basis eine enorme Herausforderung, die zugleich große Chancen eröffnet. Alle Klimaschutzmaßnahmen müssen jedoch im Einklang mit der Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit am Industriestandort Deutschland sein.

- Die Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB) müssen ganzheitlich umgesetzt werden. Der von der WSB-Kommission für 2038 empfohlene Kohleausstieg darf erst dann stattfinden, wenn eine flächendeckende Versorgungssicherheit und Strompreisverträglichkeit garantiert sind.
- Der versprochene Strompreis-Ausgleich darf nicht auf Kosten des Industriestandortes Deutschland missachtet werden. Befreiungen insbesondere für die energieintensive Industrie sind im Rahmen der besonderen Ausgleichsregelung beihilferechtlich abzusichern, zu verstetigen und, wenn nötig, auszuweiten.
- Den Kohleausstiegspfad gilt es mit Checkpoints und regelmäßiger Überprüfung anhand festgelegter Kriterien zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit und des Strompreisniveaus konsequent zu begleiten.
- Erneuerbare Energien sind bereits heute wettbewerbsfähig und sollten deshalb marktwirtschaftlich ins Energiesystem integriert werden. Die EEG-Förderung kann – bei finanziellem Bestandschutz für Altanlagen und Anlagen, die bereits in Planung sind – auslaufen. In der Zwischenzeit sollten Ausschreibungen stärker auf Optimierung und Systemdienlichkeit ausgerichtet werden.

- Hindernisse für Echtzeit-Direktverträge zwischen Erneuerbaren-Erzeugern und Verbrauchern sollten abgebaut werden. Durch eine konsequente Nutzung von Potenzialen der Digitalisierung können zudem bisher ungenutzte Kapazitäten und Flexibilitäten eingebunden werden und Märkte für Erneuerbare vergrößert und geöffnet werden.
- Um eine marktwirtschaftliche Integration der Erneuerbaren zu ermöglichen und Versorgungssicherheit sicherzustellen, muss der Netzausbau auf allen Spannungsebenen konsequent umgesetzt und beschleunigt werden.